

Dresdner Volkszeitung

Postfach: 2634.
Raben & Komp., Nr. 2012.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gehr. Arnold, Dresden

Abonnementpreise mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Dringens monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 5,70. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Zusätze werden die Tagespreise mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wie Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinskongressen. Inserate müssen bis spätestens 1/2 3 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 1.

Dresden, Donnerstag den 2. Januar 1919.

30. Jahrg.

Spartakus als Kriegsheizer.

Der tiefere Sinn der spartakistischen Umtriebe in Deutschland ist auf der Reichskonferenz des Spartakusbundes in Berlin zutage getreten. Nach einer Rede Liebknechts, die gegen die Unabgängigen Feuer und Galle wie, nahm als Vertreter Russlands Herr Kadel das Wort, um zu erklären, die Russen seien begeistert von dem Gedanken, mit den deutschen Genossen zusammen am Rhein gegen das angelsächsische Kapital kämpfen zu können. Schätz man den Sinn der Kadel'schen Äußerung aus allem Phrasenklimm heraus, so bleibt als nackter Kern dies: Russland führt gegen England Krieg und wünscht Deutschland als Bundesgenossen zu gewinnen. Das kriegerische Russland läßt sich diesen Versuch auch etwas kosten. Hatte schon Herr Joffe, entgegen der übernommenen Vertragsverpflichtung und entgegen seinen persönlichen heiligsten Schwüren, den rollenden Rubel zu diesem außerpolitischen russischen Zweck in Bewegung gesetzt, so kann man sich denken, daß auch Kadel noch Berlin noch etwas andres mitgebracht haben wird als schöne Redensarten. Freilich der Rubel rollt eigentlich nicht mehr, er raschelt bloß nur, aber er erfüllt nicht minder seinen Zweck.

Die russische Regierung ist die einzige in der Welt, die das Prinzip der Nichtbeteiligung in fremde Angelegenheiten nicht anerkennt. Sie behauptet, die Aufgabe dieses Prinzipiums bedeute das internationale Völkergesetz, in Wirklichkeit kann sie aber gar nichts andres bedenken als den ewigen Weltkrieg. Die Wiederaufnahme des Weltkriegs ist ja auch das offen eingeständene Ziel der russischen Regierung, und als der nächste Kriegszustand wird mit großer Freundschaftlichkeit der deutsche Rhein bezeichnet. Wie lehnen dankend ab.

Deutschland hat mit der Entente Waffenstillstand geschlossen und muß so rasch wie möglich Frieden schließen, wenn es nicht ganz zugrunde gehen will. Der alldeutsche Geist im Offizierskorps der deutschen Marine hat Anfang November die Pläne zu einem neuen Kampf gegen England führen wollen, der Widerwille der Mannschaften gegen die neue zweifelhafte Schlachtereier gab den Anlaß zur deutschen Revolution. Es ist ein merkwürdiges Spiel der Widersprüche, daß jetzt die Revolution das Mittel sein soll, um Deutschland in einen neuen Kampf gegen England hineinzuführen. Das Werk, das den schaffenden Göttern der Alldeutschen entfällt, nehmen die Volkswölfe jetzt wieder auf.

Kadel spricht freilich nicht vom Krieg gegen England, sondern vom Kampf gegen das englische Großkapital. Aber auch diese Redensart ist uns schon von der Alldeutschen bekannt. Auch sie sprechen vom Kampf gegen den englischen Kapitalismus und meinen damit den Krieg gegen das eng-

lische Volk. Und meint Kadel etwa nicht den Krieg? Wie könnte er dann von einem gemeinsamen Kampf der Russen und der Deutschen am Rhein sprechen, wo jetzt die Engländer stehen?

Der Kampf gegen den Kapitalismus ist hier auch nur der Vorwand für weltkriegerische Absichten, und diese Absichten sind aus den inneren Schwierigkeiten der russischen Regierung geboren. Die russische Regierung kann sich nur durch Gewalt und blutige Unterdrückung halten und erwartet mit jedem Tage ihren Sturz, wenn es ihr nicht gelingt, ihr Versprechen vom Sieg des russischen Bolschewismus in der ganzen Welt wahr zu machen. Um sich selber an der Macht zu halten, heßt die russische Regierung gegen England und versucht sich durch Aufwand ungeheurer Mittel an Deutschland einen Bundesgenossen zu kaufen.

Die Politik der russischen Regierung heßt also in jeder Beziehung jener des alten Systems verdammt ähnlich, nur daß sie höchstens noch verrückter und noch vorwärtlicher ist. War nicht auch die Revolutionierung fremder Länder eines der beliebtesten Mittel der früheren deutschen Machtpolitiker? Im August 1914 stand der konsequente Führer Graf Tschernin an der Spitze einer Bewegung, die die Revolutionierung Polens betrieb. Geheimagenten des kaiserlichen Kants suchten nach zuverlässigen Anarchisten für denputsch, im Jahre 1917 wurde dann der berühmte Bomardier Jug mit dem österreichischen Generalstab Kadel und anderen Bolschewiki aus der Schweiz durch Deutschland nach Russland geführt. Jetzt kommt Kadel, um sich zu reorganisieren.

Das öffentliche Auftreten dieses russischen Kriegsagenten in Berlin und seine Unterstützung durch die Spartakusgruppe ist geeignet, dem Deutschen Reich neue Schwierigkeiten nach außen zu machen. Entstände dort der Glaube, der Sieg des Bolschewismus in Deutschland und die Vereinerung Deutschlands mit Russland zu einem neuen Krieg gegen die Ententebewein den Bereich der Möglichkeit gerückt, so wäre es gar nicht schwer, die Völker Frankreichs und Englands von der Notwendigkeit einer militärischen Besetzung Deutschlands zu überzeugen.

Es gibt heute nur eine Partei in Deutschland, die nicht den Frieden, sondern die Fortsetzung des Weltkrieges will, und das ist die mit russischem Geld unterstützte Spartakuspartei. Für mit allen Kräften zu beantragen ist eine wichtige Aufgabe der Regierung nicht nur aus Gründen der inneren, sondern vielleicht mehr noch aus Gründen der äußeren Politik.

Wähler! Wählerinnen!

Als am 9. November unsere Parteigenossen Ebert, Scheidemann und Landwehrer die Verantwortung übernahmen, noch vor dem Eintritt der Unabgängigen, erfüllen sie eine Leistung, in der sie die Vorbereitung einer noch allgemeineren Volkswahlrecht gewählter Nationalversammlung anknüpfen.

Später wurde von der Regierung, entsprechend unserem Parteiprogramm, allen Männern und Frauen vom vollendeten 20. Jahre an das gleiche Wahlrecht verliehen. Die Befreiung der Frau aus politischer Rechtslosigkeit ist unser Werk, das Werk der sozialdemokratischen Partei.

Auf dem Kongress der Arbeiter- und Soldaten-Räte verhielt ein bestiger Kampf um den Zeitpunkt der Wahlen. Die sozialdemokratische Mehrheit behauptet, daß er auf den frühestmöglichen Termin, den 19. Januar festgelegt werde.

Dieser Tag naht nun heran. Undem die sozialdemokratische Partei dem Volke zu seinem Rechte verhalf, so rasch wie möglich selbst über sein Geschick zu bestimmen, hat sie gezeigt, daß sie kein Urteil nicht kennt.

Die sozialdemokratische Partei hat die Politik, die zum Ausdruck des Krieges und dann zur Niederlage führte, aufs schärfste bekämpft. Aber weil sie die Niederlage mit allen Kräften zu verhindern, bestritt war, hat sie dem Lande niemals die Mittel verweigert, die es zu seiner Verteidigung braucht. Unsere Redibewilligung war ein Bekenntnis der Liebe zum eigenen Volk, nicht des Bekenntnis gegenüber den früheren Beherrschern Deutschlands.

Unser Ziel war die Abwehr feindlicher Uebermacht und der Abschluß eines Verständigungs-friedens. Die nationalstische Ueberhebung, der die bürgerlichen Parteien zum größten Teil verfallen waren, Blindheit und Hochmut unserer früheren Machthaber michteten unsern Mut und führten ins Verderben.

So kam die Revolution! Die sozialdemokratische Partei war stets revolutionär in dem Sinne, daß sie die vollständige Umwälzung des Staates zur Demokratie, der Wirtschaft zum Sozialismus anstrebte. Jetzt vollzog sich die Revolution fast schmerzlos und ohne Opfer durch den Zusammenbruch der alten Macht. Deutschland wurde Republik, und Sozialisten beider Richtungen übernahmen die Regierung.

Innerhalb der Regierung haben die Sozialdemokraten stets dahin gewirkt, daß sich die weitere Entwicklung un-

blütig gestalte, daß Erschütterungen, die der geschwächte Leib des Volkes nicht ertragen kann, vermieden werden, und daß das letzte und höchste Recht der Staatsbürger, das Recht der persönlichen Freiheit, gewahrt wird. Sie hoben nach außen hin ihr ganzes Bestreben darauf gerichtet, die moralischen Kräfte der Welt, die Kräfte des Sozialismus, in Bewegung zu setzen, um trotz der von den alten Machthabern verhängenen Niederlage einen für das deutsche Volk erträglichen dauerhaften Weltfrieden zu erringen.

Dieses Bestreben wurde von einer terroristischen kleinen Minderheit durchkreuzt, die als ihr Programm verkündete, den ruhigen Aufbau der Republik und des Friedens zu stören, den Zusammenbruch einer deutschen Volkervereinigung gewaltsam zu hindern und Deutschland als Verbündeten Russlands in einen neuen Krieg hineinzuführen.

Da sich die Unabgängigen zu einem energiegelassen Vorgehen gegen dieses volksverderbliche Verbrechen nicht entschließen vermochten, kam es mit ihnen innerhalb der Regierung zum Bruch. Der vom allgemeinen Kongress der Arbeiter-Räte gewählte Zentralrat ließ die Unabgängigen ziehen und ernannte eine Regierung, die ausschließlich aus Mitgliedern der alten sozialdemokratischen Partei besteht.

Die Nationalversammlung, die zu wählen eure Aufgabe ist, hat über den Fortbestand oder die Veränderung der jetzigen Regierung zu bestimmen. So liegt die Entscheidung über die künftige Regierung bei euch!

Wir Sozialdemokraten fordern euch, Wähler und Wählerinnen, auf, uns eure Stimme zu geben, und darauf sind wir auch verpflichtet, euch zu sagen, was unsere Absichten sind:

Wir wollen dem deutschen Volk die freieste republikanische Verfassung geben, die irgendein Volk der Welt besitzt. Das Volk darf seiner eigenen Geschichte, das ist unser Loosung.

Wir wollen alles tun, um die Kräfte des Volkes neu zu beleben, um seine Rechte beim Friedensabschluss zu wahren und um zu bewirken, daß ein gerechter Friede zustande kommt, der die Welt vor neuen Kriegsgewalten bewahrt. Das deutsche Volk kann nicht vernichtet werden und läßt sich nicht vernichten!

Wir wollen dem Kapitalismus nicht gestatten, daß er die geistig und körperlich Schaffenden aufs neue ausbeutet und unterdrückt, wir wollen, daß das arbeitende Volk nach sozialistischen Grundgesetzen den unerschütterlichen Vertrag seiner Arbeit geschlossen soll. Wir wollen die höchstmögliche Bezei-

gung der Produktion durch ihre wirtschaftliche Organisierung und durch Erneuerung der Schaffenskraft und des Arbeitswillens, ohne die feine Volk leben kann! Wir wollen Aufbau und nicht Zerstörung, nicht Bürgerkrieg und neues Blutvergießen. Unser Ziel ist höchste Freiheit und vollkommenste Ordnung.

Wir wollen keine Unterdrückung einer Klasse, eines Stammes, einer politischen oder religiösen Ueberzeugung. Auch die konfessionellen Gemeinschaften sollen jede Freiheit eines freien Staates genießen.

Wir wollen, daß alle Angehörigen unfreies Volkes frei und gleich nebeneinander stehen und daß unser Volk frei und gleich neben den anderen Völkern stehen soll!

Eine Kernaufgabe, wie sie noch keiner Partei bestritten war, steht vor uns. Nur das Vertrauen in die Berechtigtheit unserer Sache verleiht uns den Mut, euch anzusprechen: Gebt uns die Macht, sie zu vollenden!

Die Sozialdemokratische Partei bekämpft die bürgerlichen Parteien, die aus Deutschland eine Geldsklaverepublik machen wollen, ebenso wie die Partei der Unabgängigen, die im Kampfe zwischen Volksrecht und Terror keinen festen Standpunkt zu gewinnen vermochte und die für den notwendigen Schutz eigener Volksinteressen nach außen kein Verständnis befeindet hat.

Wähler und Wählerinnen! Keine Stimme den bürgerlichen Parteien, die unter veränderten Namen nur die Vertreter der alten Mächte und Ausbeutungsverhältnisse geblieben sind!

Keine Stimmenzerstückelung unter Arbeitern, Sozialisten!

Alle Stimmen der alten Sozialdemokratischen Partei, die dem Volke vertraut und in weltgeschichtlicher Stunde auch von ihm Vertrauen erwartet!

Ins neue Jahr, in die neue Zeit mit dem alten Kampf:

Soch die Sozialdemokratie!

Berlin, 1. Januar 1919.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Partei: Braun, Ebert, Ernst, Marie Jacobson, Wollweber, Herr, Müller, Pfannkuch, Scheidemann, Wolf.

Die politische Herrschaft in Polen.

Der nach Polen entsandte Vertreter der Regierung, Minister Eugen Ernst, und der Bevollmächtigte des Reichsministeriums, Paul Schörrer, sind in der Nacht zum Mittwoch nach Berlin zurückgekehrt. Ueber die allgemeine Lage in der Provinz Polen gab Minister Ernst der Telegraphen-Union folgende Darstellung: In Deutschland müsse man sich darüber unbedingt klar werden, daß sich die Machtverhältnisse in der Provinz Polen in den letzten Tagen zugunsten der Polen von Grund aus veränderten hätten. Selbst wenn eine ganze Division Truppen nach Polen geschickt würde, was der Berliner Regierung kaum möglich wäre, würde sich die Lage nicht mehr verändern lassen. Es sei ein Irrtum, auch nur zu glauben, daß man heute noch mit Gewalt etwas ausrichten könnte. Bei dem Fanatismus der Polen würde dadurch lediglich ein Bürgerkrieg entzündet werden, dessen furchtbare Wirkungen gar nicht abzusehen sind. Jedenfalls könne heute kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß Polen und der östliche Teil der Provinz Polen sich völlig in den Händen der Polen befinden. In der Stadt Polen hätte der polnische Stadtkommandant alle Macht uneingeschränkt in der Hand.

Unter diesen Umständen muß man, so bemerkte Ernst weiter, in Deutschland vor allen Dingen von dem Gedanken ausgehen, eine Verständigung mit den Polen auf gütlichem Wege zu erreichen. Die Polen hätten ihm gegenüber ausgesprochen, daß sie zwar die feste Macht haben, die Provinz Polen von Deutschland abzutrennen und mit Rußland- und Oesterreichisch-Polen zu vereinigen, um den großpolnischen Staat wieder ins Leben zu rufen. Die deutsche Regierung aber solle dabei keineswegs vor vollendeten Tatsachen gestellt werden, die polnische Regierung würde vielmehr mit ihrem Vorgehen die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten.

Eingangsverhandlungen.

Von polnischer Seite wird mitgeteilt, daß in der gemeinsamen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrats, des Obersten polnischen Volksrats, des kommandierenden Generals und des Oberpräsidenten zwischen den Parteien eine Einigung erzielt wurde, die eine Gewähr dafür bietet, daß in Zukunft Ruhe und Ordnung herrschen werden.

In Gnesen haben die Polen, wie aus polnischer Quelle gemeldet wird, ohne Zutvorgehen die Infanterie- und Truppenkaserne besetzt und die Verwaltung der Stadt übernommen. Am Sonntag kam eine Abteilung des kaiserlichen Regiments aus Bromberg an, die die Uebergabe der Stadt Gnesen verlangte. Es entspann sich ein kurzer Feuerkampf, bei dem es einige Tote auf beiden Seiten gab. Darauf wurden Verhandlungen eingeleitet, die damit endeten,